https://t.me/freiesachsen/5663 4.1.2023

Peter Schreiber deckt Sexübergriff durch Iraker in Strehla auf - jetzt ermittelt die Polizei gegen ihre eigenen Kollegen!

Wahnsinn: Offenbar wollte die Polizei einen Sexübergriff, der sich am Neujahrstag in Strehla ereignete, verschweigen - zumindest wurde die Tat, bei der sich ein irakischer Einwanderer in einem Dönerimbiss an einem 11-jährigen Jungen verging, nicht in den entsprechenden Medieninformationen vom 2. Januar erwähnt. Das änderte sich erst, nachdem Stadt- und Kreisrat Peter Schreiber einen Auszug aus einem polizeilichen Einsatzbericht veröffentlichte: Nun reagierte die Behörde und gab den Vorfall zu, leitete aber gleichzeitig ein Verfahren wegen Geheimnisverrats ein und will nun diejenigen Polizisten ermitteln, die den Mut hatten, den Vorfall öffentlich zu machen.

Mehr dazu auch hier: https://t.me/peterschreiber/783

Danke an Peter Schreiber, der den Vorfall öffentlich gemacht hat und die Schweigespirale durchbrochen hat!

FREIE SACHSEN: Folgt uns bei Telegram! http://t.me/freiesachsen

https://www.saechsische.de/riesa/lokales/polizei-ermittelt-wegen-mutmasslichen-sexuellen-missbrauchs-in-strehla-5802928-plus.html
3.1.2023

Polizei ermittelt wegen mutmaßlichen sexuellen Missbrauchs in Strehla

Ein 42-Jähriger spricht am Riesaer Bahnhof einen Jungen an, lockt ihn in einen Imbiss und küsst ihn. Für Wirbel sorgt nicht nur der Vorfall an sich.

Verdacht auf sexuellen Missbrauch: Am Busbahnhof in Riesa soll ein Mann einen elfjährigen Jungen angesprochen haben. Anschließend lockte er ihn in einen Imbiss in Strehla und küsste ihn.

Riesa/Strehla. Die Polizei geht derzeit dem Verdacht des sexuellen Missbrauchs gegen einen 42-jährigen Iraker nach. Der Mann soll am Neujahrstag gegen 15 Uhr am Busbahnhof in Riesa einen elf Jahre alten

Jungen angesprochen haben. "Anschließend fuhren beide mit einem Bus nach Strehla und begaben sich in einen Imbiss, der zu diesem Zeitpunkt geschlossen hatte", so die Polizei. Bezahlschranke.

https://report24.news/staatlicher-kinderraub-in-deutschland-kritische-psychologin-kaempft-vor-gericht/ 21.12.2022

Staatlicher Kinderraub in Deutschland? Kritische Psychologin kämpft vor Gericht

Nicht nur im Corona-Regime drohte kritischen Bürgern bei mangelndem Gehorsam Kindesentzug: Die Psychologin Dr. Andrea Christidis prangert seit Jahren fragwürdige Praktiken und Hintergründe bei der sogenannten "Inobhutnahme" von Kindern an. In mehr als 1.000 Fällen will sie bereits nachgewiesen haben, wie in Deutschland Kinder unter Angabe von falschen Tatsachen zwangsweise von ihren Eltern getrennt wurden. Ihre kritischen Nachforschungen und Gutachten kamen bei den Behörden alles andere als gut an: Gegen sie wurde immer wieder erfolglos ermittelt und geklagt. Nun wehrt die Psychologin sich am morgigen Donnerstag vor dem Landgericht Gießen. …….

Dr. Andrea Christidis und Prof. Dr. Aris Christidis kämpfen als Aktivisten gegen systemische Probleme bei deutschen Jugendämtern. „Systemische Probleme" ist die schonungsvolle Formulierung. „Staatliche Kindeswohlgefährdung", wenn man kein Blatt vor den Mund nimmt. Die Bezeichnung Aktivist kippt schnell in Whistleblower um, sobald man ins Wespennest gepustet hat. Ein sich ewig schleppender Justizskandal erfährt am 22.12.22 seine langersehnte Fortsetzung. Am Landgericht Gießen um 14 Uhr findet nun endlich der Prozess statt, den die Klägerin Dr. Christidis gegen die Staatsanwaltschaft Gießen forciert hat. Ein voller Publikumsaal wäre hier dringlichst geboten.

Als Whistleblowerin, die das Thema der Entfremdung von Kindern und das Mitwirken der sogenannten „Helfer"industrie an die Oberfläche bringt, ist

Frau Dr. Christidis als unliebsame Hinweisgeberin einer jahrzehntelangen gezielten Diffamierungs- und Rufmordkampagne durch jene Behörden ausgesetzt gewesen. Ganze 62 Strafanzeigen lagen gegen sie vor, weil die Staatsanwaltschaft und der Landkreis Gießen sie blind falscher Taten beschuldigten. Selbst nach rechtskräftigem Freispruch wurde gegen sie weiter ermittelt. Nun geht sie mit dem Gericht ins Gericht und verklagte zunächst 2017 die Stadt und den Landkreis und 2019 die Staatsanwaltschaft Gießen wegen massiven Datenmissbrauch, Persönlichkeitsrechtsverletzungen und der Weitergabe von falschen Daten. …..

https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/berliner-wahl-voila-die-erste-wahlpanne-das-datum-auf-der-benachrichtigung-ist-falsch-li.303913 4.1.2023

Voilà, die erste Wahlpanne: Das Datum auf der Benachrichtigung ist falsch

Die Berliner Wahl muss wiederholt werden, diesmal sollte alles klappen. Doch schon bei der Verschickung der Wahlunterlagen gibt es die erste Panne.

Die Berliner Wahlwiederholung steht unter keinem guten Stern. Der erste Fehler ist passiert, bevor sie überhaupt stattgefunden hat. In dieser Woche sind die Wahlbenachrichtigungen an die Berliner verschickt worden, auf Deutsch und Englisch. Doch wer die englische Version des einseitigen Briefs liest, staunt. Es werden nämlich zwei Daten für die mögliche Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) genannt: zunächst richtig der 12. Februar und kurz darauf der 12. September 2023.

An der Hotline des Wahlleiters hört die sympathische Frauenstimme diese Frage nach dem richtigen Wahldatum nicht zum ersten Mal. „Ich sag mal, Sie sind nicht der Erste, der anruft", sagt die Mitarbeiterin. Ja, es sei ein Fehler. Darüber hinaus möchte sie aber nichts sagen, schon gar nicht den Medien gegenüber. Zum Beispiel, ob der Fehler noch einmal mit einem zweiten Schreiben korrigiert wird. …..

Noch am Mittwochmorgen hatte sich der Landeswahlleiter Stefan Bröchler bei der Deutschen Welle zitieren lassen mit dem Satz, dass angesichts der bisherigen Vorbereitungen der Wiederholungswahl am 12. Februar „alles im grünen Bereich sei". Er sei zuversichtlich, dass es keine neue Pannenserie geben werde. Bisher laufe es sehr gut, sagte Bröchler bei einem Besuch des Briefwahlzentrums in Zehlendorf. Mittwochabend schreibt er auf Anfrage der Berliner Zeitung: „Das ist ein ärgerlicher Fehler, da haben Sie recht. Wir sind dabei, das zu korrigieren."

https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/landraete-aus-ganz-deutschland-hilfe-wir-haben-ein-riesiges-migrationsproblem-82420326.bild.html 4.1.2023

https://t.me/GWisnewski/26812 4.1.2023

Wow - die Landräte sind ja eine ganz schnelle Truppe. Kaum wird Deutschland seit mindestens 8 Jahren von manipulierten Migranten überlaufen, die auch noch auf unsere Kosten leben, proben sie schon den Aufstand! Beachtlich! Solche Landräte braucht das Land!

Migrations-Aufstand der Landräte „Frau Faeser kann bei uns gerne ein Praktikum machen"

2022 sind laut Bundespolizei mehr als 85 000 Personen illegal nach Deutschland eingereist, viele davon aus Syrien, Afghanistan und der Türkei.

Und Innenministerin Nancy Faeser (52, SPD) behauptet weiter: „Wir haben keine große Migrationskrise."

Doch Landräte, die jeden Tag vor Ort mit den Problemen illegaler Migration kämpfen, widersprechen. Sie sagen: Die Migranten überfordert das Land, die Bürger können nicht mehr – und die Bundesregierung lässt uns im Stich! …… Bezahlschranke.

https://www.zeit.de/news/2022-12/19/landraete-fuer-bessere-verteilung-von-gefluechteten-in-europa 19.12.2022

Landräte für bessere Verteilung von Geflüchteten in Europa

Sachsen-Anhalts Landräte fordern eine bessere Verteilung von Geflüchteten auf alle EU-Mitgliedsstaaten. «Wir erwarten, dass sich die Europäische Union hier endlich auf ein faires Gesamtkonzept verständigt», sagte der Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt, Götz Ulrich (CDU), am Montag in Magdeburg. Ulrich ist Landrat im Burgenlandkreis. …..

Die Landräte forderten den Bund dazu auf, eine Überforderung der Landkreise zu vermeiden. Eine Maßnahme könne dabei eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes sein. Der Bundesrat solle künftig mitentscheiden, ob und welchen Ausländergruppen aus bestimmten Staaten Aufnahmezusagen erteilt würden. «Wir begrüßen daher die Bundesratsinitiative der Landesregierung, derartige Entscheidungen künftig an ein Einvernehmen der Länder zu binden», sagte der Landrat des Salzlandkreises, Markus Bauer (SPD). …..

https://www.merkur.de/politik/migrationspolitik-der-erhobene-deutsche-zeigefinger-ist-zurueck-news-92006336.html 3.1.2023

Migrationspolitik: Der erhobene deutsche Zeigefinger ist zurück

…….Das neue Jahr dürfte im Zeichen neuer Migrationsbewegungen stehen. Griechenland und Italien sehen sich einer stark wachsenden Zahl von Ankommenden aus Afrika und dem Nahen Osten konfrontiert. Und aus Deutschland kommen mal wieder Vorwürfe und Belehrungen. ….

Die Migrationskrise von 2015 ist zurück – und auch der erhobene Zeigefinger aus Deutschland, der die Grenzschützer in Italien und Griechenland aus sicherer Entfernung darüber belehrt, wie sie dem

hunderttausendfachen Ansturm zu begegnen hätten. Nicht nur in Griechenland, das sich vom Rest der EU alleine gelassen fühlt, wächst der Zorn über die neuerlichen Anklagen aus Berlin. Auch in Italien gibt es parteiübergreifend das Gefühl, dass es so nicht weitergehen kann: Jeder zehnte Migrant, der Italien aus Afrika kommend erreicht, geht von Bord eines von deutschen Hilfsorganisationen betriebenen Rettungsschiffes, ohne dass die Bundesregierung Bereitschaft erkennen ließe, diese Migranten auch aufzunehmen.

Die Aufgabenteilung ähnelt der von 2015: Für die Moral sind wieder die Deutschen zuständig, für die Bewältigung der Krise vor Ort die Länder an den südlichen Außengrenzen, die dafür auch noch Prügel kassieren. Bundesinnenministerin Faeser spricht viel über die Gefahr durch Reichsbürger. Darüber, wie man kriminellen Schleusern das Handwerk legen und für mehr Ordnung an den Grenzen sorgen kann, schweigen sie und ihre Ampelregierung sich aus. Das einzige Signal, das vom Migrationsgipfel im Oktober ausging, war Ratlosigkeit, während Landräte und Bürgermeister wieder Turnhallen beschlagnahmen müssen, um ankommende Menschen irgendwie unterzubringen. …..

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/silvester-schande-integrationsministerin-will-ueber-integration-schweigen-82438448.bild.html 4.1.2023

Integrationsbeauftragte wollen nicht über Silvester-Schande reden

Krawall-Explosion in der Silvesternacht. Zahlreiche Videos zeigen: Die Mehrheit der Gewalttäter hat Migrationshintergrund. Offenkundig eine Folge mangelnder Integration.

Doch ausgerechnet eine Integrationsministerin will NICHT über Integration sprechen! Aminata Touré (30, Grüne, Schleswig-Holstein) erteilte nach der Silvester-Schande von Berlin der Diskussion eine Absage!

Touré bei Twitter: „Wir können jetzt natürlich gerne 18 Wochen lang dämliche Metadebatten über Integration führen oder wir schützen

Einsatzkräfte und Bevölkerung mit 'nem Verbot von Böllern. Wie schwer kann es sein, eine so einfache Lösung für ein klares Problem zu finden?"

Wie bitte? Die dringend überfällige Diskussion über schwere Missstände bei Migrationspolitik und Integration ist eine „dämliche Metadebatte"?

Das „klare Problem" scheint sich für Touré in der Böllerei zu erschöpfen. Bemerkenswert: Noch zu ihrem Amtsantritt hatte die Ministerin verkündet: „Ich werde die Aufgabe gewissenhaft und voller Freude wahrnehmen."

Unions-Innenexperte Alexander Throm (56) ist nicht begeistert, sagt BILD: „Wenn eine Integrationsministerin wie Frau Touré diese Diskussion dämlich findet, dann hat sie nicht verstanden, dass das Problem tiefer liegt und nicht mit einem Böllerverbot abgetan ist. Wir müssen dafür sorgen, dass in diesen Milieus wieder Respekt vor den Vertretern unseres Staates einkehrt." …..

https://www.berliner-zeitung.de/news/neukoellns-ex-buergermeister-heinz-buschkowsky-zu-silvesterkrawallen-es-ist-politisch-so-gewollt-li.303715 4.1.2023

Neuköllns Ex-Bürgermeister zu Silvesterkrawallen: „Es ist politisch so gewollt"

Heinz Buschkowsky ist entsetzt von den Ausschreitungen in der Berliner Silvesternacht. Doch die Landesregierung wolle es so bunt. Eine Attacke auf

seine Ziehtochter Franziska Giffey.

Der ehemalige Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), hat auf die Ausschreitungen in der Silvesternacht mit mehreren verletzten Polizisten und Feuerwehrleuten sowie 103 Festnahmen entsetzt reagiert. Buschkowsky sagte dem Sender Welt24: „Im Prinzip hat sich nichts verändert. Es ist eher schlimmer geworden."

Berlin habe den Ruf, dass hier jeder machen könne, was er möchte und am Ende passiere gar nichts. „Das ist ein bedauerliches Beispiel, das wir dem Land und der Welt geben."

Die Richter würden die gesetzlichen Möglichkeiten nicht voll ausschöpfen. In Berlin herrsche laut Buschkowsky „Kuscheljustiz". Er sagte weiter: „Menschen können Schäden anrichten, können Menschen zusammentreten, Menschen zusammenschlagen, sie können Hinterhalte bauen und dann Feuerwehrautos ausrauben."

Silvesterkrawalle in Neukölln: Buschkowsky geht auf Franziska Giffey los

Heinz Buschkowsky war über 13 Jahre lang Bezirksbürgermeister in Neukölln, er gilt als Ziehvater von Franziska Giffey, seiner Nachfolgerin in dem Amt. Sie war von 2015 bis 2018 Neuköllns Bezirksbürgermeisterin. Ungewöhnlich scharf kritisierte Buschkowsky die jetzige Regierende Bürgermeisterin und ihre Reaktionen auf die Silvesterkrawalle in Berlin. „Geredet wird jetzt mit Sicherheit, aber herauskommen tut nichts", kommentierte er die aus seiner Sicht zögerliche Haltung Giffeys.

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 5.1.2023

Umweltlobby: Niemand hat mehr Einfluss auf Bundestagsabgeordnete und Gesetze

Mehr als 5.500 Lobby-Organisationen nehmen im Bundestag Einfluss auf Abgeordnete und Gesetze. Sie sind im Lobbyregister eingetragen, das seit einem Jahr für mehr Transparenz sorgen soll. Fast 40 Prozent der Lobbyisten arbeiten nach Angaben von „agrarheute" im Bereich Umwelt, der damit der einflussreichste im Bundestag ist.

Riesig sind auch die Budgets, die sich die Organisationen die legale Einflussnahme kosten lassen. Die Top-Drei der Umweltlobby gibt jährlich 8 bis 15 Millionen Euro für die Berliner Interessenvertretung aus. Erstaunlich sind dabei die Namen der größten Drei im Umweltbereich: der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, der

Verbraucherzentrale Bundesverband und der Verband der Chemischen Industrie (VCI).

Deshalb hagelt es auch Kritik am Register. Die mögliche Mehrfachnennung verwässere die Aussagekraft, schimpfen einige Verbände. Ob Umweltschützer Ihre Interessen durch den VCI vertreten sehen, scheint unwahrscheinlich. Zudem müssen Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ihre Lobbyarbeit nicht offenlegen. Das Gesetz sieht diese Ausnahmen ausdrücklich vor.

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 4.1.2023

Deutschland bläst Trübsal: Mehr als die Hälfte der Bundesbürger befürchtet eine finanzielle Talfahrt

Jeder vierte Deutsche ist finanziell in Schwierigkeiten. Das ergab eine Studie der Beratungsgesellschaft EY. Noch nie hatten mehr Menschen Geldprobleme. Nicht mal während der Finanzkrise 2008/2009. 56 Prozent der Befragten sehen deshalb auch pessimistisch in die Zukunft. Im vergangenen Jahr waren es nur 34 Prozent gewesen.

Und es kommt noch schlimmer: 41 Prozent der Befragten befürchten, dass es mit der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr steil bergab geht. Das sind fast doppelt so viele wie vor einem Jahr. Im Vergleich zu 2020 hat sich die Zahl der düsteren Zukunftsprognosen nahezu vervierfacht.

Besonders trüb blicken die 56- bis 65-Jährigen aufs kommende Jahr. Studienleiter Henrik Ahlers erklärt das so: „Die Vielzahl der Krisen, die sich gegenseitig auch noch zu verstärken scheinen, raubt den Menschen den Optimismus."

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 4.1.2023

Neues Zensur-Gesetz: Selenskyj kontrolliert nun sämtliche ukrainische Medien

Ukraines Präsident Wolodymyr Selenskyj hat ab sofort sämtliche Druck- und Online-Medien unter seine Kontrolle gebracht. Anders als noch die TV-

Stationen des Landes kurz nach dem Einmarsch der Russen, werden Zeitungen und Online-Portale aber nicht verstaatlicht. Sie müssen sich einem noch kurz vor Neujahr unterzeichneten Zensur-Gesetz unterwerfen. Andernfalls wird die Lizenz zur Berichterstattung entzogen.

Als offiziellen Grund nennt Selenskyj die Verhinderung „russischer Propaganda". Internationale Journalisten-Organisationen betonen dagegen, das neue Gesetz sei der Versuch, regierungskritische Berichterstattung zu verhindern. Informierte Kreise berichten, dass der ukrainische Machthaber vor allem öffentliche Aufforderungen zu Friedensverhandlungen fürchtet.

https://regionalheute.de/gruene-wollen-generelles-umdenken-in-bezug-auf-legale-drogen-1672562345/ 2.1.2023

Grüne wollen Zugang zu Alkohol und Tabak erschweren

Man brauche ein generelles Umdenken in Bezug auf legale Drogen, um zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit diesen Substanzen zu kommen. Die CDU kritisiert dies als "klassische Verbotsfantasien".

Berlin. Drogenpolitiker der Ampel-Fraktionen melden sich mit konkreten Forderungen zum Thema Alkohol und Tabak zu Wort. Linda Heitmann, Berichterstatterin für Drogen- und Suchtpolitik der Grünen-Fraktion im Bundestag, forderte in der "Welt", die Verfügbarkeit der legalen Suchtmittel einzuschränken. Dafür erntete sie scharfe Kritik von der CDU.

"Wir brauchen ein generelles Umdenken in Bezug auf legale Drogen, um zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit diesen Substanzen zu kommen", sagte sie. "Wir müssen Verfügbarkeit und `Coolnessfaktor´ der Suchtmittel verändern." Gerade in Bezug auf Alkohol gebe es hier bislang kaum Einschränkungen, sondern es gelte fast uneingeschränkt das Gesetz des freien Marktes - mit leichter Verfügbarkeit an vielen Verkaufsstellen,

moderater Preisgestaltung vieler Produkte sowie kaum Regeln für Werbung und Marketing, so Heitmann.

Steuerliche Erhöhungen für Alkoholika

"Unser Umgang mit Alkohol wird sich als Gesellschaft vermutlich nur dann signifikant ändern, wenn wir an diesen Stellschrauben drehen und ansetzen. Zudem müssen wir auch diskutieren, ob Zigaretten und E-Zigaretten einfach über Automaten, in Supermärkten und Tankstellen rund um die Uhr verfügbar sein müssen." Alkohol zu genießen oder nicht, sollte für Erwachsene "eine persönliche Wertentscheidung sein", anstatt dass dieser "immer und überall selbstverständlich dazugehört", so die Grünen-Politikerin weiter. "Deswegen halte ich steuerliche Erhöhungen für Alkoholika grundsätzlich für sinnvoll." Seit Juli des vergangenen Jahres wird auch auf E-Zigaretten Tabaksteuer erhoben, diese steigt bis 2026 stark an. ….

https://www.heise.de/news/Aus-Musical-geworfen-Gesichtserkennung-entdeckt-Anwaeltin-gegnerischer-Kanzlei-7444612.html 30.12.2022

Aus Musical geworfen: Gesichtserkennung entdeckt Anwältin gegnerischer Kanzlei

Eine Anwältin wurde über Gesichterkennung identifiziert und aus einem New Yorker Weihnachtsmusical geworfen. Grund: Ihre Kanzlei klagt gegen den Betreiber.

Gesichtserkennung ist seit Jahren ein Zankobjekt: Für Befürworter ist sie eine schnelle Möglichkeit Straftäter zu identifizieren, für Gegner ein Datenschutzalbtraum. Letztere dürften sich durch den aktuellen Fall bestätigt sehen. Mit äußerst fragwürdigen Mitteln wurde eine Anwältin aus New Jersey daran gehindert, mit ihrer neunjährigen Tochter ein Weihnachtsmusical zu besuchen. Die 44 Jahre alte Kelly Conlon begleitete ihre neunjährige Tochter, die mit ihrer Pfadfindergruppe das "Christmas

Spectacular" in der Radio City Music Hall im New Yorker Stadtteil Manhattan ansehen wollten.

Wie die New York Times berichtete, wurde sie vom Sicherheitspersonal am Betreten des Saales gehindert. Conlon sagte dem Blatt, dass sie ihren Namen und ihre Kanzlei kannten. Sie teilten ihr mit, dass sie über eine Gesichtserkennungssoftware identifiziert worden sei und ihre Kanzlei ein Hausverbot habe, da sie gegen den Eigentümer – die MSG Entertainment – klagten. …..

https://meinungsfreiheit.rtde.life/russland/158582-russland-verbietet-zwangserfassung-biometrischer-daten/ 30.12.2022

Russland verbietet Zwangserfassung biometrischer Daten

Wladimir Putin hat ein Gesetz unterzeichnet, mit dem ein einheitliches System zur Verarbeitung biometrischer Daten der Bürger eingeführt wird. Das Dokument enthält eine Liste von Daten zur Identifizierung und Authentifizierung, die allerdings nur mit Zustimmung der Betroffenen erhoben werden dürfen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat ein Gesetz unterzeichnet, das die Erfassung und Verwendung der biometrischen Daten der Bürger regelt. Dafür wird ein neues, staatlich betriebenes System eingeführt. Das Gesetz legt biometrische Informationen fest, die mit Zustimmung des jeweiligen Bürgers in dem System erfasst werden sollen. Dabei handelt es sich um Stimmproben und Gesichtsbilder. Das Sammeln von Informationen des individuellen Genoms ist künftig verboten.

Russen, die ihre Privatsphäre schützen wollen, können sich gegen die Erfassung ihrer Daten entscheiden. Sollten sie ihre Meinung ändern, können sie die Daten aus dem System löschen lassen, falls diese bereits erfasst wurden. Solche Daten dürfen von Minderjährigen nur mit Zustimmung der Eltern erhoben werden. Auch dürfen Bürgern, die keine biometrischen Daten übermitteln wollen, keine Dienstleistungen verweigert werden.

Damit macht das Gesetz den russischen Staat praktisch zum einzigen Verwalter biometrischer Daten im Land. Zuvor konnte jede juristische Person in Russland solche Daten erheben und auch verwenden. Das Gesetz schränkt auch die Beteiligung von Ausländern an der Erfassung biometrischer Daten ein, so dass nur staatliche Stellen solche Daten erfassen können. Es wird erwartet, dass die russischen Gesetzgeber künftig auch Strafen für die Weitergabe von persönlichen Daten der Bürger an Dritte einführen. Wjatscheslaw Wolodin, Sprecher der Staatsduma, sagte vergangene Woche, dass derzeit verschiedene kommerzielle Organisationen unkontrolliert biometrische Daten der Bürger sammelten, die oft nach außen dringen und dann von Übeltätern genutzt würden. Dies sei inakzeptabel.

https://reitschuster.de/post/geld-fuer-den-aufstand-klima-extremisten-bekommen-gehalt/ 1.1.2023

„Geld für den Aufstand": Klima-Extremisten bekommen Gehalt
Hierarchische Organisation – und Sympathie für Linksextremismus

Kennen Sie dieses Gefühl? Man liest etwas, und denkt sich zunächst verwundert: Das kann doch gar nicht sein! Im zweiten Moment wundert man sich dann darüber, dass man sich gewundert hat. Und sagt sich: Also nüchtern betrachtet ist das doch eigentlich nur logisch – aber man wollte sich das offenbar selbst nicht eingestehen. So ging es mir heute, als mir ein guter Freund und zuverlässiger Themen-Lieferant mit exzellentem journalistischem Gespür einen Artikel mit folgender Überschrift schickte: „Geld für den Aufstand – Aktivisten der 'Letzten Generation' beziehen Gehälter."

Der Beitrag stammt aus der „Welt am Sonntag" und steckt, leider, hinter einer Bezahlschranke. So sehr ich verstehen kann, dass diese zur Finanzierung von Journalismus notwendig ist – so traurig ist es, dass deswegen wichtige Texte und Themen regelmäßig einem größeren Publikum vorenthalten werden.

Was die Zeitung aus dem Springer-Verlag da aufgedeckt hat, ist unglaublich: Ein Berliner Verein überweist Klima-Aktivisten der „Letzten Generation" Gehälter. In Rekrutierungsseminaren berichten die Organisatoren, sie hätten „sehr viel" Geld.

Dieser betreffende Verein heißt „Wandelbündnis". Er sei „offenbar wesentlich am rasanten Aufstieg der radikalen Klimagruppe 'Die Letzte Generation' beteiligt gewesen", schreibt das Blatt: „Denn das 'Wandelbündnis' stellt seit einigen Monaten Arbeitsverträge für die Aktivisten aus – und ermöglicht ihnen so, mit den Protestaktionen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten."

Aus internen Chat-Nachrichten und Unterlagen der „Letzten Generation", die das Blatt einsehen konnte, und Online-Seminaren, an denen ein Journalist teilgenommen hat, „ergibt sich das Bild einer straff organisierten Bewegung, die beständig neue Unterstützer gewinnt", so die „Welt am Sonntag": „Es sind Menschen, die teilweise bereit sind, ihren Job aufzugeben, um sich ganz der Arbeit für den Klimaschutz zu widmen."

Im Gegensatz sichere die „Letzte Generation" den Vollzeitaktivisten „in Zusammenarbeit mit dem 'Wandelbündnis' ein Einkommen und eine sozialversicherungspflichtige Anstellung zu", so das Blatt: „Wie das funktioniert, erfährt, wer an einem entsprechenden Online-Seminar teilnimmt."

So habe ein jungen Mann aus Kassel, Carl, aus einer Arbeitsgruppe, die sich „Jobcenter der Letzten Generation" nennt, den zugeschalteten Interessenten gesagt: „Wir haben zum Glück dieses Geld zur Verfügung und können Menschen bezahlen, und wir haben die Möglichkeit, die Menschen auch anzustellen." Das gehe auch sozialversicherungspflichtig. Denkbar seien Anstellungen in Vollzeit, Teilzeit, aber auch als Selbstständige und Minijobber. „Das ermöglichen wir, damit es vielen Menschen möglich ist, da ihre Zeit reinzugeben", sagt er laut der Zeitung.

Aktuell könne die „Letzte Generation" demnach ein Gehalt von bis zu 1.300 Euro im Monat zahlen. „Die Höhe richte sich danach, wie viel ein Aktivist zum Leben benötige", so die „Welt am Sonntag". „Das Konstrukt funktioniere so: Das Geld komme von Spenden, die die 'Letzte Generation' erhalte. Das 'Wandelbündnis' gebe den rechtlichen Rahmen und stelle die Verträge aus. 'Die haben sonst gar nichts damit zu tun', erklärt Seminarleiter Carl."

Das „Wandelbündnis" selbst schildert die Zusammenarbeit laut der Zeitung dagegen ganz anders. Man habe kein Geld von der „Letzten Generation" erhalten, behauptet Vorstandsmitglied Miguel San Miguel dem Bericht zufolge. Innerhalb des „Wandelbündnisses" gebe es aber die Initiative „Gemeinnützige Bildungsarbeit zur Unterstützung von Letzte Generation". Insgesamt beschäftige man „30 bezahlte Kräfte".

Einen Großteil ihrer Einnahmen, mit denen die Aktivisten bezahlt werden, erzielt die „Letzte Generation" laut eigenen Angaben durch Spenden vom Climate Emergency Fund, schreibt das Blatt: „Die kalifornische Stiftung will 'disruptiven Aktivismus' unterstützen. Das Stiftungsvermögen stammt von Philanthropen wie Aileen Getty, Enkelin des Erdöl-Tycoons Jean Paul Getty, und dem Filmregisseur Adam McKay. 'Wir beziehen sehr viel Geld aus dem Fonds', sagt Seminarleiter Carl."

Das Fazit der „Welt am Sonntag": „Die Praxis, Aktivisten für ihre Straßenblockaden zu bezahlen, spricht für einen zunehmenden Grad der Professionalisierung. Die straffe Organisation der 'Letzten Generation' ist auch in internen Dokumenten festgehalten. Dort ist die Rede von einer 'funktionalen Hierarchie', in der es eine 'kleine Gruppe mit Entscheidungsmandat' gebe. Das Motto der Zusammenarbeit laute „viel Input, wenig Demokratie", heißt es an anderer Stelle. Eine schnelle und effektive Entscheidungsfindung könne nicht im großen Plenum erfolgen. Laut internen Organigrammen besteht das Kernteam aus sechs Aktivisten, sieben weitere Aktivisten sind als Bindeglied zu den vielen AGs im Einsatz."

In den internen Chat-Nachrichten, die der „Welt am Sonntag" vorliegen, werden auch Angriffe auf Politiker zumindest diskutiert. Demnach schlug ein Aktivist vor, „in Sprechstunden von Abgeordneten zu gehen und sich an diesen festzukleben". Das Blatt schreibt weiter: „In anderen Nachrichten werden Politiker – vermeintlich satirisch – mit Terroristen gleichgesetzt. Und im Protokoll eines Treffens der AG 'Priviliegiencheck und Awareness' haben die Teilnehmer als Ziel festgehalten: 'Wir versuchen das Spektrum des Aktivismus zu erweitern! Nicht Linksextrem werden! (also in der Außenwirkung – intern gerne;))'".

So sehr all das eigentlich leider auf der Hand lag – so wenig wollte man es sich vorstellen. Faktisch erinnert das Ganze an eine kommunistische Kampf- und Kaderorganisation – nur eben diesmal bezahlt von reichen Drahtziehern in den USA. Ich musste bei dem Bericht spontan an die „sowjetische Langzeitstrategie" denken, über die ich gerade geschrieben habe. Die Väter dieser Strategie um Ex-KGB-Chef und Generalsekretär Juri Andropow hätten angesichts solcher Strukturen ihre helle Freude. Schöner hätten sie sich das selbst nicht ausdenken können. Dass die Saat, die sie einst aussäten, derart erfolgreich gedeihen würde, hätten sie sich wohl selbst nicht träumen lassen. Die bürgerliche Gesellschaft, die ja wesentlich auf der Industrie beruht, schafft sich, 100 Jahre nach Gründung der Sowjetunion und dreißig Jahre nach deren Zusammenbruch, selbst ab.

https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2023/neues-rekordgehalt-fuer-eu-chefin-von-der-leyen/ 5.1.2023

Neues Rekordgehalt für EU-Chefin von der Leyen

Zweite Gehaltershöhung in sechs Monaten: Die EU genehmigt sich erneut ein halbes Jahr rückwirkend mehr Geld. Kommissionspräsidentin von der Leyen durchbricht mit ihren Bezügen eine Schallmauer.

BRÜSSEL. Die Gehälter aller EU-Bediensteten, von den Kommissaren über die Abgeordneten bis zu den Beamten, werden innerhalb eines halben

Jahres zum zweiten Mal erhöht. Diesmal rückwirkend zum 1. Juli 2022. Es gibt sieben Prozent mehr. Diese wird mit der Steigerung um 2,4 Prozent verrechnet, die es Mitte des vergangenen Jahres rückwirkend zum 1. Januar gegeben hatte. Begründung: Höhere Lebenshaltungskosten.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen durchbricht beim Grundgehalt jetzt erstmals die Schallmauer von 30.000 Euro pro Monat. Ihr Einkommen liegt nun bei knapp 36.000 Euro. Es setzt sich aus 31.250 Euro Grundgehalt und einer steuerfreien Auslandszulage zusammen.

EU-Abgeordnete kassieren erstmals fünfstellig

Die anderen EU-Kommissare freuen sich über 1.667 Euro monatlich mehr Geld und bekommen nun 25.475 Euro plus Auslandszulage. Auch die Diäten der EU-Abgeordneten steigen kräftig. Die 705 Parlamentarier erhalten beim Grundgehalt nun fast 700 Euro mehr als 2021 und kassieren mit 10.495 Euro im Monat erstmals ein fünfstelliges Monatsgehalt. Hinzu kommen Sitzungsgelder und weitere Zulagen.

Deutschland ist größter Nettozahler des EU-Haushalts und leistet inzwischen mit 48,6 Prozent die Hälfte aller Beiträge. Der Staatenbund hat 27 Mitgliedsländer. Das Vertrauen in die seit 2019 von von der Leyen geführte EU ist unter den Deutschen zuletzt um weitere sieben Punkte auf 31 Prozent gesunken. (fh)